

Wachdienste: Warten auf den Donnerstag



Christiane Augsburger

Die Entscheidung, ob die Verwaltungschefin Einspruch gegen die Entscheidung des Parlaments einlegt, ist noch nicht gefallen.

Schwalbach. Die Debatte um den Einsatz von Schwarzen Sheriffs in Schwalbach geht in eine neue Runde. Bürgermeisterin Christiane Augsburger (SPD) wird am Donnerstag offiziell bekanntgeben, ob sie gegen die umstrittene Mehrheitsentscheidung der schwarz-grünen Koalition und der FDP, die weiterhin private Sicherheitsstreifen auf Schwalbachs Straßen schicken wollen, Widerspruch einlegen wird. «Ich habe Landrat Bertold Gall als Kommunalaufsicht zwischenzeitlich gebeten, mir verbindlich zu bestätigen, ob der Widerspruch meinerseits zwingend ist», so Augsburger. Die Antwort stand gestern früh noch aus.

Gall hatte die Rathauschefin bisher «lediglich via Presse», wie sie sagt, aufgefordert, dem Beschluss zu widersprechen. «Der Widerspruch der Bürgermeisterin ist ein Instrument, das sehr selten benutzt wird. Widerspruch kann ich nur einlegen, wenn eine Parlamentsentscheidung das Wohl der Stadt gefährdet oder gegen geltendes Recht verstößt», sagt Augsburger.

Illegal

Wie mehrfach berichtet, ist die Position von Landrat Gall und dem Leiter der Polizeidirektion Main-Taunus, Jürgen Moog, in Sachen Schwarze Sheriffs eindeutig: «Streifengänge von privaten Sicherheitsdiensten auf öffentlichen Straßen sind illegal», sagen beide. Ebenso äußert sich das Hessische Innenministerium. Augsburger hatte die Parlamentarier vor deren Beschluss zugunsten der Schwarzen Sheriffs auf diese Rechtslage hingewiesen und hatte in einer Magistratsvorlage als Alternative vorgeschlagen, für das gleiche Geld – 200 000 Euro stehen im Etat 2010 für mehr Sicherheit bereit – vier neue Stellen für Stadtpolizisten zu

schaffen. Obwohl auch die steigende Kriminalitätsrate in Schwalbach im Jahr 2009 belegt, dass der Einsatz der Schwarzen Sheriffs nicht vorteilhaft ist, hält die schwarz-grüne Koalition bisher an den Sheriffs fest. Daran hat auch ein Gespräch hinter verschlossenen Türen nichts genutzt, bei dem am Montagabend Polizeichef Moog allen Fraktionschefs noch einmal die Sachlage vorgetragen hat. «Die Fraktionen wollen jetzt noch einmal über das Thema beraten», berichtet Augsburger. Eine spontane Kehrtwende der Koalition habe sie allerdings auch nicht erwartet.

Modellprojekt

Gegner des Einsatzes der Schwarzen Sheriffs im öffentlichen Raum ist neben der SPD vor allem die UL. Die UL will beantragen, dass der Beschluss aufgehoben wird. Statt dessen soll zusammen mit der Polizei ein Konzept für die Stadtpolizei mit drei Stellen erarbeitet werden, das als Modellprojekt auf drei Jahre angelegt werden soll. Die UL regt an, dass dieses Modell zur Hälfte über Landesgelder mitfinanziert werden sollte. Die Fraktionschefin der Grünen, Barbara Blaschek-Bernhardt, antwortet auf Anfrage des Kreisblatts, warum sich die Schwalbacher Grünen anders als die Grünen auf Landesebene für die Schwarzen Sheriffs aussprechen, dass es innerhalb ihrer Partei eben Entscheidungsfreiheit gäbe. Blaschek-Bernhardt: «Der Sicherheitsdienst in Schwalbach ist keine grüne Idee. Er wurde vor zwei Jahren auf Betreiben des Magistrats engagiert. Wir hängen nicht daran. Mehr als einer weiteren Hipo-Stelle werden wir als Grüne aber nicht zustimmen.» Die Aufregung ist ihr schleierhaft. «Der Sicherheitsdienst läuft seit zwei Jahren öffentlich bei uns herum, warum haben Herr Gall und Frau Augsburger das nicht schon früher als nicht rechtens moniert», sagt sie.

Kasten

CDU «Bemerkenswerter Vorgang»

Als «bemerkenswerten Vorgang» hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Fischer die jüngsten Äußerungen der SPD-Landtagsabgeordneten Nancy Faeser (wir berichteten) bezeichnet. Sie hatte erklärt, dass private Wachdienste im öffentlichen Raum rechtlich unzulässig seien. «Die Landtagsabgeordnete Nancy Faeser äußert auf einmal rechtliche Bedenken», so Fischer. «In ihrer Funktion als Stadtverordnete in Schwalbach hat sie diese Bedenken in den letzten zwei Jahren nicht geäußert.» So lange sei der private Dienst in Schwalbach schließlich schon im Einsatz. Fischer verweist zudem darauf, dass die entsprechenden Haushalte jeweils mit Zustimmung der Koalition und der SPD-Fraktion beschlossen wurden.

© 2010 Höchster Kreisblatt

© 2010 Höchster Kreisblatt

